

Stadt Berlin wird zum Schmutzparadies: Müllabfuhr fällt wegen Streik aus!

Warnstreik bei der Berliner Stadtreinigung bis Freitag:
Keine Müllabfuhr, überfüllte Tonnen und Druck auf
Arbeitgeber vor Tarifrunde.

Berlin, Deutschland - Wegen eines Warnstreiks bei der Berliner Stadtreinigung (BSR) bleibt die Müllabfuhr in Berlin bis einschließlich Freitag eingestellt. Dies hat zur Folge, dass die Restabfall-, Biogut- und Wertstofftonnen in der Stadt nicht geleert werden. Die BSR warnte bereits im Vorfeld, dass überfüllte Mülltonnen und Müll auf den Straßen zu erwarten seien. Eine reguläre Abholung soll laut BSR nächste Woche wieder stattfinden, jedoch sind nachgeholte Leerungen am Samstag nicht geplant. Die betroffenen Bürger müssen sich auf erneute Abfallansammlungen bis zum nächsten regulären Abfuhrtermin einstellen. Dies **berichtet T-Online**.

Alle 14 Recyclinghöfe in Berlin bleiben bis einschließlich Samstag geschlossen, was die Entsorgungsmöglichkeiten weiter einschränkt. Der Warnstreik wurde von der Gewerkschaft Verdi ausgerufen, um Druck auf die Arbeitgeber vor der anstehenden Verhandlungsrunde im Tarifsstreit zu erhöhen. Die Schwierigkeiten in der Müllabfuhr sind nicht isoliert, sondern beleuchten ein größeres Problem im öffentlichen Dienst, insbesondere im Hinblick auf die laufenden Tarifverhandlungen, die seit Januar ohne Ergebnis sind.

Tarifverhandlungen und Forderungen

Die Gewerkschaften fordern in den laufenden

Tarifverhandlungen eine Lohnerhöhung von 8 Prozent, mindestens jedoch 350 Euro mehr monatlich sowie höhere Zuschläge für belastende Tätigkeiten. Die Arbeitgeber hingegen geben an, dass sie diese Forderungen für nicht finanzierbar halten. Diese **Details beschreibt die Zeit**.

Die nächsten Verhandlungen für den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) sind für den Zeitraum vom 14. bis 16. März 2025 in Potsdam geplant. In diesem Zusammenhang wird festzustellen sein, ob die Arbeitgeber bereit sind, den Forderungen nachzulassen, oder ob die Spannungen zwischen den Parteien weiter zunehmen. Ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen zeigt, dass rund 2,3 Millionen Angestellte im öffentlichen Dienst betroffen sind. Die Situation ist geprägt von Personalmangel und hoher Arbeitsbelastung, was die Gewerkschaften als dringendes Anliegen thematisieren.

Zusätzlich wird eine Erhöhung der Vergütung für Auszubildende und Praktikanten um 200 Euro monatlich gefordert, was die Dringlichkeit der Anpassungen unterstreicht. Die erste Verhandlungsrunde, die im Januar stattfand, brachte keine Einigung, was in der Folge zu bundesweiten Warnstreiks führte. In den Diskussionen kommt es auch zu Differenzen hinsichtlich der Laufzeit des neuen Tarifvertrags; die Gewerkschaften streben eine Laufzeit von 12 Monaten an, während die Arbeitgeber eine längere Frist bevorzugen. All diese Aspekte werden in den kommenden Tagen und Wochen entscheidend sein, um die Zukunft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu gestalten. Dies informiert **Öffentlicher Dienst News**.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	Streik
Ort	Berlin, Deutschland
Verletzte	28
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.t-online.de• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)